

# PRESSEMITTEILUNG



## Wehrhafte Demokratie

Potsdam, den 20. März 23

### Podiumsdiskussion in der Nagelkreuzkapelle

„Die *wehrhafte Demokratie* ist Geschäftsgrundlage für das politische System der Bundesrepublik Deutschland“, so Dr. Jürgen Reiche von der Stiftung Garnisonkirche in Potsdam.

Was unter einer „wehrhaften Demokratie“ zu verstehen ist und vor welchen Herausforderungen eine Gesellschaft steht, um sie zu schützen, waren nur einige der Fragen, die bei der Veranstaltung am 20. März diskutiert wurde. Auf dem Podium vertreten waren Prof. Dr. Stephan Harbarth, Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Dr. Christian Stäblein, Bischof der EKBO, Dr. Martina Münch, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales der Stadt Leipzig, Prof. Dr. Paul Nolte, Historiker für Neuere Geschichte/Zeitgeschichte und moderativ begleitet von Dr. Ursula Weidenfeld.

„Die Behandlung solcher aktuellen politischen Themen öffnen den Diskursraum *Garnisonkirche*. Die Stiftung wird diesen Ort auch in Zukunft in unterschiedlichen Formaten als Demokratieforum profilieren“, so Dr. Reiche. „Schon jetzt möchten wir zur nächsten Diskussionsrunde am Mittwoch 28. Juni 2023 einladen. Thema der Veranstaltung: *Toxische Steine?*“

### Stiftung Garnisonkirche Potsdam

Kommunikationsvorstand  
Wieland Eschenburg

Verwaltungsvorstand  
Peter Leinemann

Theologischer Vorstand  
OKR Martin Vogel

Pressereferentin  
Maria Zach

Gutenbergstraße 71/72  
14467 Potsdam

Telefon: 0331.5058168  
[presse@garnisonkirche-potsdam.de](mailto:presse@garnisonkirche-potsdam.de)

### Fördergesellschaft für den Wiederaufbau der Garnisonkirche e.V.

Vorsitzende  
Maike Dencker

[fwg@garnisonkirche-potsdam.de](mailto:fwg@garnisonkirche-potsdam.de)

### Nagelkreuzgemeinde Garnisonkirche Potsdam

Pfarrer  
Dr. Jan Kingreen

Telefon: 0331.97931947  
[kingreen@garnisonkirche-potsdam.de](mailto:kingreen@garnisonkirche-potsdam.de)

[www.garnisonkirche-potsdam.de](http://www.garnisonkirche-potsdam.de)

Gefördert durch:



Die Beauftragte der Bundesregierung  
für Kultur und Medien

aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages